

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 62.

Dienstag, den 3. März.

1846.

Morgen Mittwoch den 4. März d. J., Abends 6 Uhr,

ist öffentliche Sitzung der Stadtverordneten hiersebst im gewöhnlichen Locale.

Berathungsgegenstände:

- 1) Fortsetzung der Berathung über das Budget für das laufende Jahr;
- 2) Vortrag des gutachtlichen Berichts der Finanzdeputation über die Hauptrechnung pro anno 1844.

Bekanntmachung.

In neuerer Zeit haben die Ratten in hiesiger Stadt so sehr überhand genommen, daß daraus für die Straßenschleusen und für die Gebäude Nachtheile zu befürchten sind. Wir haben daher beschlossen, zu deren Vertilgung ein aus Phosphor bereitetes Mittel anzuwenden und es soll künftige Mittwoch zunächst in den Hauptschleusen der innern Stadt damit begonnen werden. Zur möglichst vollständigen Wirksamkeit dieser Maßregel ist aber erforderlich, daß die hiesigen Hausbesitzer und besonders diejenigen, deren Häuser durch Beischleusen mit den Hauptschleusen in Verbindung stehen, das obige, aus jeder hiesigen Apotheke zu beziehende Mittel gleichzeitig anwenden, weshalb wir dieselben in ihrem eigenen Interesse hiermit, unter Empfehlung der nöthigen Vorsicht bei dessen Gebrauche, dazu auffordern.

Leipzig, am 2. März 1846.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Otto.

Vom Landtage.

Sitzung der zweiten Kammer Donnerstag den 26. Febr.
(Fortsetzung und Schluß.)

Königlicher Commissar Kohlschütter ging hierauf zur Entschuldigung des sächs.-bayer. Eisenbahn-Directoriums auf alle demselben gemachten Vorwürfe näher ein, und sprach sich auch über die Ueberbrückung des Gölschthales und die Gründe aus, welche dazu genöthigt, aber auch diese Ueberbrückung als zweckmäßig und mit Sicherheit ausführbar darstellten. So viel er wisse, sei das Restaurationsgebäude in Gösnitz von der dasigen Schützengesellschaft gebaut. Poppe: es sei von seinem Charakter hinlänglich bekannt, daß er nicht in Schutz nehme, was sich nicht vertheidigen lasse; jedoch gegen die scharfen und zuletzt schneidenden Tadel gegen das Directorium der sächs.-bayerischen Eisenbahn müsse er Einiges bemerken. Daß Fehler vorgekommen, wolle er nicht läugnen; allein die Sache werde in der That größer gemacht, wie bei dem Bahnhofe in Leipzig, als sie wirklich sei; er wisse wohl, daß das Directorium seit einiger Zeit in Ungunst des Publicums gekommen sei, allein er könne versichern, daß es aus vollkommen redlichen Männern bestehe. Wie es sich mit dem vom Abgeordneten Joseph wegen des Gösnitzer Restaurationsgebäudes zeige, daß der gemachte Vorwurf ungegründet sei, indem dieses Gebäude der Schützengesellschaft zu Gösnitz, nicht der Bahn gehöre, so sei es mit vielem andern. Im Ganzen liege eine Ueberschreitung von circa 190,000 Thlr. vor, und dies sei doch in der That bei so einem Unternehmen nicht zu viel. Joseph: er wundere sich nicht, daß der geehrte Abgeordnete Poppe sich so angelegentlich des Directoriums annehme; auf einen Irrthum müsse er ihn aber aufmerksam machen; nämlich nicht erst seit einiger Zeit, sondern schon seit langer Zeit befinde sich das Directorium in Ungunst der öffentlichen Meinung. Gösnitz anlangend, so erkenne er an, daß er hierbei im Irrthume gewesen sei, allein hieraus lasse sich auf andere Vorwürfe kein Schluß ziehen; diese seien nicht widerlegt; übrigens habe ja der Ausschuss, an dessen Spitze der Abgeordnete Poppe stehe, selbst nicht das Directorium zügeln können, denn in der Nähe eben jenes Gösnitz habe es eine Aus-

weiche zu bauen erlaubt erhalten, anstatt deren aber ein Doppelgleis errichtet. Georgi: die Unterlagen der technischen Voranschläge habe die Deputation nicht eingesehen; es würde auch ihr nichts genützt haben, da sie nicht Techniker gewesen. Die Rückbahn bei Altenburg wäre von der dasigen Regierung als Bedingung gestellt worden. Für die Josephschen Anträge sei er, wenn er von der Regierung die Versicherung erhalte, daß nicht erst eine neue Generalversammlung deshalb nöthig sei. Hensel II. sprach sich für Josephs Anträge aus, die dagegen vorgebrachten Gründe widerlegend, und darauf hinweisend, daß es sich ja auch um die ständische Controlle mit handle, welcher man die Rechnungen des Directoriums der Bahn unterwerfen solle. v. Thielau: bei dem erwähnten Bahnhofe frage es sich, wie viel davon auf Luxus verwendet worden; dies müsse erst von den andern Ausgaben abgezogen werden; der Bahnhof habe das für sich, daß er sehr zweckmäßig sei. Wenn man von Verschwendung spreche, so sei doch keine zu große Ueberschreitung vorhanden. Fälle, daß ein Bau unsolid gelinge, kämen überall vor, selbst in Privatbauten kämen Irrthümer vor; es frage sich auch, ob gerade das Directorium schuld sei, oder nicht die Bauunternehmer und man sich an diese zu halten habe. Was die Ungunst des Directoriums anlange, das man hier angegriffen habe, so müsse man für die angeführten Thatsachen Beweise beibringen. Staatsminister v. Falkenstein wies auf den Ausschuss hin, der mit größter Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit stets das Rechnungswerk geprüft, ertheilte dem Directorium das Zeugniß der Tüchtigkeit in jeder Hinsicht und erklärte die Josephschen Anträge für überflüssig und rieth von der Annahme ab, schon weil dann keine Generalversammlung erst nöthig sein würde. Dr. Schaffrath: er habe aus Äußerungen des Staatsministers nunmehr es bestätigt erhalten, daß Politil mit bei den technischen Voranschlägen im Spiele gewesen. Was habe die Politil bei technischen Anschlägen zu thun? Ja, nun gebe er der Deputation Recht, daß eine große moralische Verantwortlichkeit des Staats gegen die Actionäre, oder nicht des Staats, sondern der betreffenden Staatsbeamten vorliege; und diese moralische Verantwortlichkeit sei groß. Wenn ein Abgeord-